

Die Halle monatlich bei unregelmäßiger Anfertigung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark, einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst unter Angabe der Zeitung und des Bezugszeitraums. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., somit in denjenigen 40 Pf., Restante die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigensätze. Erfüllungsort: Halle, Leipzig täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braunbauer, 17. Neben-Verkaufsstellen: Große Reichstr. 51 und Markt 24, Buchhandlung Leipzig Nr. 4600.

Eine Sinowjew-Debatte im Reichstag.

Die Berliner Stadtschulratsfrage vor der Landesversammlung — Neue Demagogie Korstantys in Oberschlesien — Die Entscheidung über Danzigs Schicksal — Die Armee Wrangels angeblich aufgerieben.

Landessteuergesetz für Preußen.

Von Georg Rebehn, Mitglied der Landesversammlung.

Am 1. April ds. Js. ist der größte Teil der Steuerhöflichkeit der Länder auf das Reich übergeführt worden. Nach § 17 des Landessteuergesetzes erhält jedes Land zwei Drittel der in diesem Lande aufkommenden Einkommensteuer für sich selbst und keine Gemeinden. Die Länder sollen dann ihren Gemeinden einen Teil des verbleibenden Aufkommens zuwenden. Hierfür sind jedoch Korrekturen vorzusehen, damit wohlhabende Gemeinden nicht sozial erhalten als Gemeinden mit ärmlichen Steuerkraft. Den Ländern wird eine Garantie ihres früheren Aufkommens, und zwar jene vom Jahre 1919 zuzüglich 25 Prozent gewährt. Dafür sind die Länder verpflichtet, ihrerseits dieselbe Verpflichtung für das Steuerjahr 1920 ihren Gemeinden gegenüber zu übernehmen. Die zweite Korrektur liegt darin, daß den Ländern vorschrieben ist, für einen Einkommensgleichheit der Polizei, Schul- und Armenlasten. Hierfür soll ersucht werden, daß die wohlhabenden Gemeinden namentlich durch den Verkauf von Grundbesitz das benötigte Geld beschaffen, was für ihren Bedarf nach dem restlichen Maßstabe des bloßen öffentlichen Aufkommens erhalten werden.

Für Preußen steht der Entwurf eines Ausführungs-Gesetzes im Hauptausfluß zur Beratung. Die landesrechtlichen Vorschriften dem veränderten Reich zustand anzupassen, ist Aufgabe der Landesregierung. Die Feststellung des Verteilungsschlüssels kann auf verschiedenem Wege geschehen, und die Parteien sehen hierüber auch auseinander. Eine Lösung scheidet sich eng an den bisherigen Rechtszustand an. Bisher erhoben das Land und die einzelnen Gemeinden durch Zuschläge Einkommensteuer. So könnte sich der Staat darauf beschränken, die Verteilung nur zwischen sich und den Gemeinden vorzunehmen. Ein anderer Weg würde die unmittelbare Beteiligung der Gemeinverbände an der Verteilung einschließen. Diese haben bisher durch Auflagen von den angehörenden Gemeinden Steuern erhoben. Der erste Weg ist einfacher, der zweite läßt sich nur für die Gemeinverbände durchführen, die im ganzen Staatsgebiet vorhanden sind, wie die Kreise und Provinzen. Der Entwurf ist ein Mittelweg vor. Außer den Einzelgemeinden sollen auch die Landkreise unmittelbar an der Verteilung teilnehmen. Die anderen Arten von Gemeinverbänden hängen von der Bestimmung der ihnen angehörenden Gemeinverbänden ab. Die Provinzen werden verwiesen werden. So werden nach dem Verhältnis des Einkommensverhältnisses im Jahre 1919 drei Verteilungsstellen gebildet: eine für die freizeigehörenden Gemeinden, eine für die Stadtkreise und eine für die Landkreise. Bei den freizeigehörenden Gemeinden wird der Betrag der Landkreise erhoben, der auf den Steuerkraftverhältnissen beruht. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen.

Das ganze Aufwandsverhältnis ist nur ein Kosten. Die Art der Besteuerung über die Höhe der tatsächlich überwälzten Anteile steht. Die Durchführung einer neuen Steuerart auf das Reich hat mehrere Schwierigkeiten der Finanzwirtschaft gebracht. Auch der Verteilungsschlüssel ist auf erhebliche Schwierigkeiten zu führen. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen. Die Provinzen werden ebenfalls neben den Gemeinden an der Verteilung teilnehmen.

Vergleiche unter den Gemeinden auf Grund der bisherigen örtlichen Verhältnisse sind unzulässig, da manche Gemeinden auf Grund der Umgestaltung in sich selbst die Steuerkraft als andere mit höherer Steuerkraft gewinnen. Eine große Schwierigkeit liegt auch in der Verteilung des Einkommenssteuer vom Jahre 1919. Die Gemeinden sind in der Verteilung ihrer Ausgaben sehr verschieden vorgegangen. Während die einen Grund- und Gewerbesteuer besonders stark ausgebaut hatten, haben andere die Aufwendungen der Einkommensteuer erhöht. Sie würden bei der Verteilung nach dem Aufkommen der Einkommensteuer von 1919 gut abscheiden.

Das Ausführungsgesetz greift auch das Gemeindeverfassungsgesetz über. Zunächst sollte die neue Landgemeindeordnung verabschiedet werden müssen. Allem in Allem, die Landesversammlung hat eine schwierige Materie noch vor sich. Sie muß für mehrere Jahre gereizt werden, und ihre Regelung wird doch nichts Enttäuschendes sein.

Danzigs Schicksal.

Die Spannung in Danzig über die sich in Paris vorbereitenden Ereignisse ist außerordentlich gewachsen, zumal die Lösung der Danziger Frage absehbar unmittelbar bevorsteht. Aus dem französischen amtlichen Kommissionsentwurf gibt der „Case Express“ folgende Hauptpunkte wieder: Die Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig ist in den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages entsprechend Polen zugestanden. Danzig erhält aber das Recht, seine eigene Flagge zu führen. Außerdem bestimmt der Entwurf, daß in Danzig die Hafenerwaltung zu wählen ist. Dieser Entwurf ist nicht nur der Hafen mit seinen gesamten Anlagen, sondern auch die Eisenbahnen unterstellt. Die Danziger Hafenerwaltung erhält den gesamten ehemaligen Besitz des Deutschen Reiches und des preussischen Staates auf dem Territorium der freien Stadt. Der Zollverrechnung wird in der Provinz der freistädtischen Behörden belassen. Die Danziger Delegation hat ihre Antwort auf dem Entwurf der polnischen Delegation rechtzeitig fertiggestellt und überreicht. Wie verlautet, soll die Entscheidung der polnischen Delegation über die Bestimmungen des französisch-englischen Entwurfes zu groß sein, daß sie die Bedingungen als unannehmbar für Polen erklärt. So wie die Danziger Delegation hat auch die polnische ihre Bedingungen vorgelegt, falls die polnischen Vorrechte nicht herabgesetzt werden.

Die Danziger Verfassunggebende Versammlung hat heute nachmittag in einer außerordentlichen Sitzung mit der Erwählung der Vollmachten der in Paris bestehenden Danziger Delegation. Es handelt sich um den Abschluß eines Adhäsionsvertrages, weil die alliierten Hauptkräfte fordern, daß die freie Stadt Danzig einen Anteil der ihnen durch die Besetzung und Verwaltung anfallenden Kosten übernimmt. Es handelt sich um einen Ausschuss, wurde die Vollmachten-erweiterung fast einstimmig erteilt. Die Verfassunggebende Versammlung beschloß noch, den demokratischen Abgeordneten Rat mit weiteren Anforderungen nach Paris zu senden. Nach einer Brüller-Weltung glaubt man in dortigen politischen Kreisen allerdings, daß der dort zusammengetretene Vorkonferenzrat die Prüfung der Frage der Danziger Verfassung verschoben wird.

Die „Oberschlesische Volkspartei“.

„Oberschlesische Volkspartei“ heißt der neueste Agitationsklub Korstantys. In der Hauptstadt sucht sie im Zentrumslager Verwirrung anzuknüpfen und macht in ganz Oberschlesien eine riesige Propaganda- und Anzeigenflut. Die letzte halbtägige Anzeige in Korstantys, „Grenzzeitung“ wird einzeln mit dem Wort: „Kuh unter braves Volk“ entlassen auf Ruhe kommen. Dann müssen die Erzerbehalter und Urschmelze (die Preußen) aus unserem Lande heraus getrieben werden.“ Aber auch im Reich verläuft sie Fuß zu setzen und hat sich durch den Mißerfolg im Berliner Erzerbehalterbau am 26. September nicht erlahmen lassen. Nur möchte sie dort naturgemäß ihr Ziel etwas ins Verleumdungsgebiet und erklärt auch nicht offen ihr Ziel, „Anschluß an Polen.“ Es sei jedoch hier festzustellen, daß es sich um eine unter dem Namen „Volkspartei“ hereinfallende Agitation handelt, auf die kein Oberschlesischer hereinfallen sollte.

Angeblicher Sieg der Bolschewisten.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Sowjettruppen haben einen großen Sieg über Wrangels im Raum von Nikolajew erzielt. Wrangels Kavallerie ist vollständig aufgerieben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten auf voller Flucht.

„Ant Times“ wird ebenfalls aus Moskau gemeldet, daß der Bolschewist die Eisenbahn von Smolensk nach Kiew in Besitz genommen hat. Die Eisenbahnbank zugewiesen worden ist.

Vom Völkerverbund.

Auf der Tagesordnung der Session des Völkerverbundes stehen außer dem bereits gemeldeten Punkt u. a. die Anträge des Großherzogtums Luxemburg und Finnlands auf Aufnahme zum Völkerverbund. Luxemburg wünscht, daß seine Neutralität von der Kommission an-

erkannt wird. In politischen Kreisen glaubt man, daß der Völkerverbund die Prüfung der Frage der Danziger Verfassung verschoben wird.

Danzig ein Stapelplatz für Baumwolle.

In Danzig bestehen ernsthafte Bestrebungen, die polnischen Baumwolltransporte, die bis jetzt immer über Bremen ihren Weg genommen haben, nunmehr über Danzig zu leiten. Danzig hat bekanntlich schon früher viel Baumwolle nach Polen exportiert. Eine für Bremen günstige Tarifverpflichtung rückt jedoch ab, das Hauptzentrum der polnischen Baumwollindustrie, Bremen, nähert sich Danzig. Die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse scheinen es jetzt zu ermöglichen, daß die Baumwolle wieder den der Ostlinie nach hiesigen Weg über Danzig nach Polen wählt. Namentlich von nach Danzig gelommene Baumwolle sind es, denen das Verbot sich erhebt, hierin lebhaft bemerkt zu haben. Seit Friedensschluss sind schon für viele Millionen Mark Baumwolle über Danzig gehandelt worden, die zuerst im Hafen lagerten. Demgegenüber werden die Werte nach auf über 20 Millionen Mark geschätzt. Nach hat Bremen im polnischen Baumwollhandel das Übergewicht. Es werden bei den zukünftigen Stellen Maßnahmen ergriffen, den bereits im Niederlande belassenen Baumwollhandel in Danzig zu stärken und ihn zu weiterer Blüte zu verhelfen. An die Handelskammer zu Danzig ist man bereits vor längerer Zeit mit dem Ersuchen herangetreten, sich über die Mittel und Wege gütlich zu äußern, die geeignet erscheinen, Danzig zum Stapelplatz für Baumwolle zu machen.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 20. Okt. Die Exekutive der Bergarbeiterorganisation in Südwesten nahm in einer Konferenz in Cardiff den Beschluß, daß, wenn nicht der Streik am 30. Okt. beendet sei, der Bergarbeiterverband von Großbritannien erklärt werden solle, eine Nationalkonferenz einzuberufen zu dem Zweck, in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht alle Maßnahmen und Zusammenbindungen sowie die Hilfe aus den Erben aller Kohlenwerke zurückzuziehen seien. Sollten die Bergarbeiter diese Drohung wahrnehmen, so würde das zu einer Revolte im Bergbau führen, da die Bergwerke in kurzer Zeit erschöpft sein würden. Der Verlauf des zweiten Streikjahres ist kein Anlaß, von der erwarteten Wendung zum Wenden zu reden. Im Gegenteil, eine Verstärkung ist unvermeidbar. So beginnt sich in vielen Kreisen der Eisenbahner eine lebhaftere Streikimmung bemerkbar zu machen.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung, Mittwoch, 20. Oktober. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. Am Ministertisch erscheint der Reichsminister und Reichsjustizminister Feiler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung der Ausweisungsbefehle gegen Sinowjew und Wexelmann.

Herr Dr. Nolten (U. S.) begründet den Antrag gegen den Ausweisungserlass, der ganz den alten Bismarckigen Geist atmet. Es sei die höchste Zeit, daß endlich ein Ausweisungserlass geschaffen werde. Nach wie vor herrsche die höchste Willkür der Polizei. Diese Praxis müßte nun endlich aufhören. In England gäbe es ein Unrecht, in Deutschland aber bestände ein solches nur für die Reaktionsäre, sonst komme die Polizei nicht mit dem „lästigen Ausländer“ Paragrafen. Anlaß zu feindlichen Angriffen auf die empörende Behandlung der russischen Delegierten Sinowjew und Wexelmann. Redner wendet sich besonders gegen den preussischen Minister Feiler, der den Reichstag der Reichsregierung kein Verständnis entgegenbringe. Aber, ohne sich um die Mühe zu geben, seinen Erlass zu begründen. Die Ausführungen des Redners werden von dicksten Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großem Unruhe des Hauses. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei protestiert energisch gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheue. Man solle doch endlich vom Terror gegen eine sich durchdringende geistige Bewegung ablassen (Stürmische Heiterkeit). Ein zweites Mal muß in Deutschland einsehen. (Ermehrte stürmische Heiterkeit). Die Ausweisung sei offenbar nur der Auftakt zu einem weiteren Vorgehen der bürgerlichen Regierung gegen die deutsche Arbeiterpartei. Ein neuer Kurs könne denozulischen, dagegen müßten die Arbeiter auf der Hut sein. Minister des Inneren Sinowjew gibt einen lebhaften Überblick über die Verhältnisse der Aufnahme der russischen Delegierten. Im Anschluß an den Bericht einer linksrussischen deutschen Mission in Sowjetrußland sei der Wunsch einer entsprechenden russischen Gegenkommission in Aussicht gestellt worden. Demnach spreche ich drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise gestattet worden und zwar auf vier Wochen.

Öffentliche Gesamtsitzung der Handelskammer.

Halle, den 20. Oktober.

Unter Vorsitz des Herrn Gesch. Kammerpräsidenten Dr. S. Hoffmann...

Der Herr Präsident nahm bei Beginn der Sitzung die Besetzung von Sachverständigen vor...

Vorschläge wegen Sozialisierung der Kohle

Berichtete Herr Generaldirektor Bergmeister a. D. Hoffmann...

Die Kommission hat für die Sozialisierung zwei Vorschläge gemacht...

Die Drange dieser Gemeinwohlfragen sind ein Reichslohnrat...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Die Sozialisierung der Kohle ist ein so wichtiger Teil des Sozialismus...

Beratungen in diesem Sinne hat Herr Genos. Rath und schließlich...

Kammermitglied Herr Fabianisch hat folgende Vorschläge...

Der Referent bemerkt in seinem Schlusswort u. a. dass die staatlichen Betriebe...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

Der Herr Vortragender bespricht die Sozialisierung der Kohle...

hoffte der Stadtkommunalrat, von der Entfertigung eines...

3 Gera, 20. Okt. (Die bestsachgemachte Munitionssendung...

7 Scherzleben, 20. Oktober. (Kitschenbier.) Die...

Meirungen, 20. Okt. (Der meiningische Staatsrat Hofmann...

Vermischtes.

Opferverschwärmer. In Oligantien und in der Ukraine...

Helisches Erdbeben. Die Sanctionierung der Erdbebenforschung...

Wahl-Konflikte. In der Sozialisierung der Kohle...

Pariser Friedenskonferenz. Eine angenehme Ueberraschung...

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der 'Saale-Zeitung'.

Ein deutsches Gutachten über die Dieselmotoren.

Die Ausfuhr von Eisenwaren.

Adolf Hoffmann reist nach Moskau.

Die Sammlung der Armee gegen die Sowjetmacht.

Eine englische Note nach Moskau.

Neue Streikbewegungen in England.

Ex-König Konstantin verzichtet auf den griechischen Thron.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Lebensmitteln...

Provinzial-Nachrichten.

Profs, 18. Oktober. (Wasserversorgung mit der Münchener...

Ex-König Konstantin verzichtet auf den griechischen Thron.

Ex-König Konstantin verzichtet auf den griechischen Thron.

Vertical text on the far left edge of the page, likely a scanning artifact.

Vertical text on the far right edge of the page, likely a scanning artifact.

